

COVID-19

BDI-Presse-Update

Hauptbotschaften

- Für den unternehmerischen Neustart bedarf es einer **möglichst klaren zeitlichen Vorgabe durch die Politik**. Unsere Unternehmen müssen bald wissen, in welchen Stufen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wieder anlaufen soll. Ziel muss ein **verbindlicher Planungshorizont für die Unternehmen** sein. Wenn wir es nicht schaffen, **schon bald den Stillstand von Wirtschaft und Gesellschaft stufenweise wieder aufzuheben**, drohen **erhebliche Konsequenzen für unsere Unternehmen**. (15.04.20)
- Die Unternehmen wissen um die **Bedeutung von Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Sie werden deshalb **alle Maßnahmen treffen, um den Wiederanlauf industrieller Produktion ohne Gesundheitsgefahren zu ermöglichen**. Für die deutsche Industrie stellt sich **für den Neustart die Herausforderung, dass Wertschöpfungsketten in besonderer Weise international und EU-weit aufgestellt sind**. Dieses effiziente Zusammenspiel macht die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile unserer Industrie aus und darf keineswegs in Gefahr geraten durch **künstliche Einteilungen in vermeintliche systemrelevante und nicht-systemrelevante Branchen**. Der Wieder-Hochlauf industrieller Produktionsverbände ist die eigentliche Herausforderung. (15.04.20)
- **Europa** muss seine **Handlungsfähigkeit beweisen**, die EU einen größeren Beitrag der **Solidarität** gegen die Corona-Krise leisten – allerdings geht es **momentan ohne die Einführung von Eurobonds**. Es gibt den **EU-Haushalt**, es gibt die Chance, die **Europäische Investitionsbank EIB zu stärken**. Eine **Lösung der öffentlichen Finanzierungsprobleme** sollte auch in der drohenden akuten Wirtschaftskrise **ohne pauschale Vergemeinschaftung von Schulden und Haftungsrisiken** gelingen. Nach dem Exit aus der Quarantäne muss ein **lang angelegtes Wiederaufbauprogramm beginnen**. (06.04.20)

Datum
17. April 2020

Seite
1 von 5

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281565
F: +493020282565

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
J.Wiskow@bdi.eu

- Für den unternehmerischen Neustart bedarf es einer **möglichst klaren zeitlichen Vorgabe durch die Politik**. Unsere Unternehmen müssen bald wissen, in welchen Stufen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wieder anlaufen soll – und zwar einheitlich in der Bundesrepublik. So wie auf europäischer Ebene ein möglichst synchrones Vorgehen hilfreich ist, ist es in Deutschland erforderlich. Ziel muss ein **verbindlicher Planungshorizont für die Unternehmen** sein. Wenn wir es nicht schaffen, **schon bald den Stillstand von Wirtschaft und Gesellschaft stufenweise wieder aufzuheben**, drohen **erhebliche Konsequenzen für unsere Unternehmen**. (15.04.20)
- In der Phase der Eindämmung der Krise hat die **Bundesregierung eindrucksvoll Handlungsfähigkeit bewiesen** und vor allem die Liquidität der Unternehmen unterstützt. Auch die **Nachbesserungen bei der Mittelstandslücke** waren richtig. (15.04.20)
- Für die deutsche Industrie stellt sich **für den Neustart die Herausforderung, dass Wertschöpfungsketten in besonderer Weise international und EU-weit aufgestellt sind**. Dieses effiziente Zusammenspiel macht die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile unserer Industrie aus und darf keineswegs in Gefahr geraten durch **künstliche Einteilungen in vermeintliche systemrelevante und nicht-systemrelevante Branchen**. Der Wieder-Hochlauf industrieller Produktionsverbände ist die eigentliche Herausforderung. Vorrangig müssen Logistikketten reibungslos funktionieren. (15.04.20)
- Die Unternehmen wissen um die **Bedeutung von Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Sie werden deshalb **alle Maßnahmen treffen, um den Wiederanlauf industrieller Produktion ohne Gesundheitsgefahren zu ermöglichen**. Die Maßnahmen reichen dabei von Eingriffen in Schichtpläne, veränderten Arbeitsschritten unmittelbar am Arbeitsplatz bis hin zur erforderlichen Schutzkleidung. (15.04.20)
- Europa muss die Aufhebung der Beschränkungen so koordinieren, dass **keine neuen Brüche in Liefer- und Wertschöpfungsketten** entstehen. Es ist entscheidend, einen möglichst reibungslosen Warenverkehr im Binnenmarkt schnell wieder zu ermöglichen. Die europäischen Regierungen sollten grenz- und sektorübergreifend vorgehen, statt national jeweils ausgewählten Branchen zu gestatten, die Produktion wieder aufzunehmen. **Besonders in Krisenzeiten ist jeder nationale Alleingang nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems**. (15.04.20)
- Die Europäische **Kommission** sollte zügig ihr **Arbeitsprogramm aktualisieren** und alle Vorhaben auf ihre Tauglichkeit zur Krisenbewältigung prüfen. Ziel muss sein, den Schaden von Unternehmen und ihren Belegschaften so gering wie möglich zu halten. **Statt die Wirtschaft zusätzlich zu belasten, muss es nun darum gehen, sie – auch mit Blick auf den Klimaschutz – zu unterstützen**. Der europäische Green Deal sollte so ausgefüllt werden, dass er vor allem Investitionsanreize zum CO₂-Abbau setzt, statt neue Grenzwerte und Verbote einzuführen. (15.04.20)
- Wir erwarten rasch einen **neuen Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen**, der viel stärker auf Wachstums- und Zukunftsthemen ausgerichtet ist als bisher. Dies erfordert eine höhere Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die EU mit den Mitteln auszustatten, die für die Bewältigung der Herausforderungen erforderlich sind. (15.04.20)
- Die Industrie hilft und wird weiterhin helfen. Dafür muss die Politik den Unternehmen bei ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl unbedingt unter die Arme greifen. Die **Produktion von Schutzgütern sollte wirtschaftlich sein, andernfalls droht gerade Mittelständlern der finanzielle Ruin**. Die Industrie sieht mit Sorge, dass sich die Bundesregierung in den vergangenen Wochen

weitreichende Eingriffsbefugnisse in Produktion, Preis und Handel von Corona-Schutzgütern verschafft hat. Eine effiziente Krisenkoordination ist entscheidend dafür, dass Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland so wenig Schaden wie möglich nehmen. Sie darf aber **keine planwirtschaftlichen Züge** annehmen. (09.04.20)

- Gerade in der Coronakrise wird deutlich, wie angewiesen Deutschland und seine Industrie auf ein **weltweites Klima der Offenheit** ist, insbesondere für grenzüberschreitende Investitionen. Eingeschränkter Zugang auf Auslandsmärkten ist ebenso schädlich wie Einschränkungen zu Liquiditätsquellen in Form ausländischer Direktinvestitionen. In Krisenzeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, ein **Zeichen für offene Märkte zu setzen**. (08.04.20)
- In der **Beschaffung von Corona-Schutzgütern und Medikamenten** kann die Industrie helfen, wenn drei Dinge klar sind: **Bedarfe, genaue Anforderungen an die Produkte und Rechtssicherheit für eine schnelle Marktzulassung**. Das muss auf Bundesebene **zentral koordiniert** werden. Die wichtige Hilfe der Industrie darf keinesfalls im unstrukturierten Aktionismus verpuffen. Ebenso entscheidend ist, wie **Abnahmegarantien** der Bundesregierung geregelt werden (08.04.20)
- Die Politik muss auch den **Bedarf an Schutzgütern in den Unternehmen selbst berücksichtigen**, um schon jetzt für die Phase des **Wiederanfahrens der Wirtschaft einen geordneten Betrieb sicherzustellen**. (01.04.20)
- Der **Einbruch des Welthandels** ist eine **weitere Belastungsprobe für die exportorientierte deutsche Wirtschaft**, die eng in globale Wertschöpfungsketten eingebunden ist. Zollrechtliche Erleichterungen können gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen dringend benötigte Liquidität schaffen. (07.04.20)
- **Europa** muss seine **Handlungsfähigkeit beweisen**, die EU einen größeren Beitrag der **Solidarität** gegen die Corona-Krise leisten – allerdings geht es **momentan ohne die Einführung von Eurobonds**. Es bestehen **hohe finanzielle Reserven** auf europäischer Ebene. (06.04.20)
- Auf dem Tisch liegen nicht nur die **offenkundig umstrittenen Möglichkeiten, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu nutzen oder Eurobonds zu begeben**. Es gibt den **EU-Haushalt**, es gibt die Chance, die **Europäische Investitionsbank EIB zu stärken**. Die Finanzminister verfügen über Instrumente, um einen **Konsens für Sofortmaßnahmen** zu finden. (06.04.20)
- Eine **Lösung der öffentlichen Finanzierungsprobleme** sollte auch in der drohenden akuten Wirtschaftskrise **ohne pauschale Vergemeinschaftung von Schulden und Haftungsrisiken** gelingen. Wichtig und richtig bleibt, den mehrjährigen EU-Finanzrahmen **viel stärker** als bisher auf **wirtschaftliches Wachstum und Zukunftsthemen auszurichten**. (06.04.20)
- Für Deutschland muss im laufenden Jahr mit einem **Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von drei bis sechs Prozent** gerechnet werden. Voraussetzung ist eine **Unterbrechung** der wirtschaftlichen Aktivität von **maximal sechs Wochen**. Die **weltweite Wirtschaftsleistung** wird **um bis zu drei Prozent sinken**. Für den **Welthandel** erwarten wir im besten Fall einen **Rückgang um drei bis fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr**. (06.04.20)
- Viele Regierungen und Notenbanken haben Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft auf den Weg gebracht. Mit einsetzendem Erfolg der Quarantänemaßnahmen **werden weitere fiskalpolitische Stimuli erforderlich werden**. In den USA sind erste Maßnahmen beschlossen worden, China, Japan werden nachlegen. In Europa kann und muss die **supranationale Ebene** einen **wesentlichen Beitrag leisten**. Nach dem Exit aus der

Quarantäne muss ein **lang angelegtes Wiederaufbauprogramm beginnen**. (06.04.20)

Seite
4 von 5

- Es ist **gut**, dass die Bundesregierung jetzt die **Mittelstandslücke durch zusätzliche Corona-Hilfen schließt**. Für unsere mittelständischen Unternehmen ist es **überlebenswichtig, schnell und unbürokratisch Kredite** zu erhalten. Dafür ist eine **100-prozentige Staatshaftung für eine klar begrenzte Zeit vertretbar**. (06.04.20)
- Mit der umfassenden Garantie des Bundes sollten nun für die **Kreditinstitute alle Bedenken ausgeräumt** sein, damit sie **Kredite schnellstmöglich auszahlen**. (06.04.20)
- Die Bundesregierung muss der **drohenden Abwärtsspirale der Transport- und Produktionsketten in Deutschland** dringend **entgegenwirken**. Es ist notwendig, dass die Politik mit ihren europäischen Partnern die **Verkehrsverbindungen in Europa offenhält**. **Verlässliche Verbindungen** werden der **Schlüssel** für den **Erfolg** nach der Krise sein, um **schrittweise zur Normalität zurückzukehren**. (30.03.20)
- Die von der Bundesregierung bereits **verabschiedeten steuerlichen Sofortmaßnahmen** sind **unverzichtbare erste Reaktionen** auf die Effekte der Corona-Epidemie. **Weitere** steuerliche Anpassungen sind **notwendig**, um die **Liquidität** und den weiteren Bestand von Unternehmen nachhaltig zu sichern. Dabei geht es vor allem auch darum, die **Wirtschaft über einen Zeitraum der Ungewissheit zu bringen**, damit die Unternehmen nach der Krise best- und schnellstmöglich wieder am Standort Deutschland in die Zukunft investieren können. Kurzfristige Liquidität würde in erster Linie durch eine **Verschiebung der Lohnsteuerzahlungen** geschaffen. (27.03.20)
- **Ich warne davor, jetzt das Ende der Globalisierung herbeizureden**. Forderungen nach ökonomischer Autarkie unterschlagen den meist **gigantischen Nutzen**, den die **weltweite Arbeitsteilung** bringt – für Staaten, Unternehmen, Beschäftigte und Kunden. Ich bin ein Fan der Globalisierung, die weltweit und besonders für Deutschland als Exportnation Wohlstand geschaffen hat. (22.03.20)
- Wer Globalisierung bislang ausschließlich unter dem Aspekt gesehen hat, die günstigsten Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen, der wird seine Strategie überdenken müssen. **Starke Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten war und ist keine solide Basis** für erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften. Gleiches gilt für den Absatz von Produkten. (22.03.20)
- Aber selbst wenn Unternehmen infolge der jetzigen Krise ihre Abhängigkeit von Zulieferern oder Kunden genauer prüfen: Dies lässt sich nicht von heute auf morgen verändern. Ob künftig wieder mehr Produktion am Standort Deutschland stattfinden wird, hängt entscheidend davon ab, wie stark der **Standort im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig** ist. Das liegt weniger an der Wirtschaft und mehr an der Politik, die auf Belastungen der Unternehmen großen Einfluss hat – Stichworte Energiekosten oder Steuerlast. (22.03.20)
- Die Pandemie zeigt, dass wir nur miteinander erfolgreich die Krise bewältigen können. Das Coronavirus ist ein **Gegner, der keine Grenzen kennt**. Das muss alle zusammenschweißen. Es bleibt dabei, dass es **in Politik und Wirtschaft vernünftig ist, Dinge miteinander zu tun und nicht gegeneinander**. Es wäre schlecht für den weltweiten Wohlstand, jetzt den Globalisierungsgegnern freie Bahn zu lassen und sich wirtschaftlich abzuschotten. (22.03.20)
- Die Industrie erkennt die **Notwendigkeit von Ausgangsbeschränkungen** an. Wir begrüßen die Aussage des Bundeswirtschaftsministers, den **Betrieb in wichtigen wirtschaftlichen Bereichen aufrechtzuerhalten**. Es ist wichtig,

dass die Menschen weiterhin zu ihrer Arbeit gehen können, wenn Home-Office, etwa in der Produktion, keine Option ist. (21.03.20)

Seite
5 von 5

- Die Lage ist ernst. **Jeder muss sich persönlich einschränken**, um die Ausbreitung des Virus zu verringern. Das Recht auf Gesundheit wiegt in diesen Wochen schwerer als das individuelle Recht auf freie Entfaltung. Ich rufe auf zur **Solidarität**. (21.03.20)
- Es geht jetzt auch darum, **Beschäftigung und wirtschaftliches Leben zu erhalten**. Ich bin davon überzeugt, dass sich jeder Arbeitgeber in der jetzigen Lage verantwortungsvoll verhält und dabei auch darauf achtet, dass gesundheitliche Risiken für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden werden. Dabei gilt es auch, die **Voraussetzungen zu sichern, die es den Unternehmen erlauben, in angemessener Zeit wieder zur Normalität zurückzukehren**. (21.03.20)
- Der Föderalismus hat dort seinen Vorteil, wo der jeweils Verantwortliche spezielle Maßnahmen ergreifen kann, die für seine Region besonders angemessen und erforderlich sind. Es ist **angesichts der hohen Dynamik enorm wichtig, dass sich die Länder noch stärker und rascher koordinieren**. Dies würde Unsicherheit, auch in Unternehmen, reduzieren und das Verständnis in der Bevölkerung sicherlich erhöhen. **Bundesweit geltende Bedingungen würden bei Bürgern und Arbeitnehmern für Orientierung und Klarheit sorgen**. (21.03.20)
- Grenzen zu schließen mag eine nachvollziehbare Maßnahme sein, um kurzfristig handlungsfähig zu werden. Die **unkoordinierte Schließung von Staatsgrenzen innerhalb der EU** darf aber **keine dauerhafte Lösung** sein. Es wäre **falsch, innereuropäische Wertschöpfungs- und Logistikketten massiv zu schädigen, ohne dass daraus ein echter Nutzen für den Schutz der Gesundheit** der Bevölkerung entsteht. (19.03.20)
- Die **Bundesregierung** hat **sehr schnell die richtigen Maßnahmen ergriffen** und damit deutlich gemacht, wie ernst es ihr ist. Das ist ein wichtiges Signal. Entscheidend ist, dass die Politik **alle Staatshilfen unbürokratisch und möglichst passgenau anbietet**. Es bedarf jetzt der **Solidarität zwischen Unternehmen jeder Größe**, um die Krise zu meistern. (19.03.20)
- Ziel ist, **mit Kurzarbeit die Krisenzeit zu überbrücken**. Wie lange nun Krise ist, wissen wir nicht. Und auch wenn wir das Kurzarbeitergeld loben, so muss klar sein, dass **es mit empfindlichen Einbußen nicht nur für Unternehmen, sondern auch für unsere Arbeitnehmer verbunden** ist. Wer Kurzarbeitergeld bezieht, erhält bis zu 40 Prozent weniger netto. Das ist schmerzhaft. Für Unternehmen und Freiberufler hätte ich mir außerdem gewünscht, wenn die Länder die Einziehung der Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlung zum Stichtag 10. März pauschal ausgesetzt hätten. Das hätte vielen Unternehmen und Freiberuflern etwas Liquidität verschafft und ist jetzt erst wieder am 10. Juni möglich. (19.03.20)
- **Gesundheit geht vor**. Es ist wichtiger, die Kapazitäten in Arztpraxen und Krankenhäusern sicherzustellen und nicht zu überfordern. Die **Unversehrtheit von Menschen hat absoluten Vorrang, ein Aufrechnen gegen kurzfristige wirtschaftliche Interessen darf es nicht geben**. Die Lage ist unklar, wir werden noch viel Fingerspitzengefühl und Gehirnschmalz darauf verwenden müssen, wie der richtige Weg aussieht. (13.03.20)